

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 13190-13197.

Freitag, den 25. April 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die italienischen Delegierten verlassen Paris.

Paris, 24. April. (Reuter.) Orlando, Bassilai und Diaz sind um 8 Uhr abends nach Rom abgefahren. Der vierte Delegierte, der italienische Botschafter, bleibt auf seinem Posten.

Die italienische Friedenskrise.

Erneute Besprechungen mit der Entente.

Paris, 24. April. (Reuter.) Friedenskonferenz-Kommunique. Vor seiner Abreise nach Rom hatte Orlando in Gesellschaft von Sonnino eine unverlässliche Zusammenkunft mit Wilson, Lloyd George und Clemenceau. Alle zeigten den härtesten Wunsch, zu einer Lösung zu gelangen. Lloyd George und Clemenceau sprachen die Hoffnung aus, daß das italienische Parlament auch dazu beitragen werde, zu einer berantigten Regelung zu gelangen. Orlando reist abends ab, um das italienische Parlament zu Rate zu ziehen.

Die Antwort Orlando.

London, 24. April. (Reuter.) Das Pressebureau veröffentlicht eine Antwort Orlando auf Wilsons Proklamation. Orlando sagt, die Proklamation sei ein Versuch, einen Gegensatz zwischen Regierung und Volk hervorzurufen. Wilson behandle die Italiener, als ob sie Barbaren ohne eine demokratische Regierung wären. Er schließt mit einer Freundschaftsbezeugung für das amerikanische Volk.

Lebhafte Erregung in Italien.

Rom, 24. April. (Stefani.) Wilsons Botschaft hat überall in Italien lebhafteste Entrüstung erregt; die öffentliche Meinung findet den Versuch Wilsons, Regierung und Volk von Italien zu trennen, unbegreiflich. Der Entschluß der italienischen Abordnung, nach Italien heimzukehren, wird allseitig gebilligt. Die Bevölkerung vertraut auf das Gerechtigkeitsgefühl des amerikanischen Volkes. In allen großen Städten haben Umzüge mit Scharufen auf Italien, Dalmatien, Fiume, Orlando und Sonnino stattgefunden; die Geschäfte haben zum Zeichen des Widerstandes geschlossen. Demonstrationen aus allen Städten Italiens berichten von großer Erregung; niemand glaubt, daß die Jugendlichkeit von Fiume und Dalmatien zu Italien ernstlich bestritten werden könne.

Die Stellungnahme der Pariser Presse.

Paris, 25. April. (Gevad.) Die Blätter behaupten, daß der Zwischenfall mit Italien in dem Augenblick eintrete, da die deutschen Vertreter nach Versailles berufen seien. Die Mehrzahl der Zeitungen hofft auf Bellegung, meint, daß es sich weniger um einen Bruch, als um eine Unterbrechung der Besprechungen handle, und hält eine Unterzeichnung der Friedenspräliminarien ohne Italien für unmöglich.

Vom Pariser Sozialistenkongress.

Erregte Szenen.

Bern, 25. April. In der letzten Sitzung des Pariser Sozialistenkongresses machte Grumbach namens der eiffelturmbau-Sozialisten Vorschläge über das allgemeine Aktionsprogramm der Partei. Die Verurteilung des Bolschewismus durch die französischen Sozialisten müßte kräftiger ausgedrückt werden. Weitere Äußerungen Grumbachs verursachten Lärm, namentlich von Seiten der Kienthaler, die Grumbach verhindern, weiter zu sprechen, worauf dieser empört seinen Platz verließ und in den Saal hineinstürzte, er werde seinen eiffelturmbau-Freunden erzählen, wie er als Vertreter der eiffelturmbau-Sozialisten empfangen worden sei.

Nochmals: Deutschland und der Frieden.

In unserer heutigen Morgenausgabe geben wir eine Meldung aus London wieder, wonach der Berliner Korrespondent der „Daily Chronicle“ nach seinen Informationen in deutschen Regierungskreisen annehme, der Friedensvertrag werde auch nach Unterhandlungen und Erörterungen nicht unterzeichnet werden, da die deutsche Regierung davon überzeugt sei, daß eine vernünftige Unterlage für den Frieden nicht erreicht werde.

Wie der Korrespondent mitteilt, hat er mit dieser Äußerung lediglich seine eigene Meinung wiedergeben wollen. Die gleichzeitige erwähnte Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Scheidemann hat ihn aber keineswegs zu dieser Ansicht gebracht. Die Meldung aus London sei durch Zusammenfassung zeitlich entfernter Telegramme wesentlich verstimmt.

Die deutsche Friedensdelegation.

Berlin, 25. April. Die Liste der Mitglieder der vorübergehend am 27. und 28. April von Berlin nach Versailles abreisenden deutschen Friedensdelegation ist nunmehr fertiggestellt und der französischen Regierung notifiziert worden. Außer den eigentlichen sechs Friedensdelegierten, nämlich den Reichsministern Graf Brockdorff-Ransau, Dr. Landsberg und Giesberts, dem Präsidenten der preussischen Landesversammlung Oberbürgermeister Leinert, Professor Schüding und Dr. Melchior, umfaßt die Liste die Ministerialdirektoren von Stockhammer und Simons als Generalkommissare, sowie Mitglieder des auswärtigen Amtes und Vertreter der übrigen Reichsministerien als behördliche Kommissare. Ferner gehören ihr Finanzfachverständige, wirtschaftliche Sachverständige und Mitglieder der Waffenstillstandskommission an. Die Delegation wird von dem erforderlichen technischen und Kanzlei-Personal begleitet. Mit ihr begeben sich die Vertreter der leitenden deutschen Nachrichtenagenturen sowie 15 Vertreter der deutschen Presse nebst ihren Sekretären zum Verhandlungsort.

Neue Putzche im Ruhrrevier?

Bestrafung von 13 Kommunistenführern.

Duisburg, 25. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine Kommunistenversammlung in Duisburg hat erneute Gewaltmaßnahmen beschlossen. Darauf wurden 13 der kommunistischen Führer festgenommen. Auch andere Wohnungen deuten auf nahe bevorstehende Putzche hin. Ueber Duisburg-Beek ist der Belagerungszustand verhängt worden.

In Düsseldorf sind die städtischen Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Da die Stadt bei Herberungen als unannehmbar bezeichnet, werde ein Streik in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken befürchtet.

Die letzten Nachrichten über den Ruhrstreik ergeben, daß die günstige Bewegung weiter langsam, aber stetig fortschreitet. In der gestrigen Frühsschicht schloßen 50 201 Arbeiter gegen 66 785 am Vortage, die Mittagschicht weist mit 51 727 ausländischen Bergarbeitern gegen 60 841 am Vortage einen Rückgang von 9100 auf! In einzelnen Revieren — Lünen, Witten, Südbodum, Nordbochum, Wattenscheid — kann der Ausstoß als erschöpfend gelten, da hier die Riffer der fehlenden Arbeiter unter 10 Proz. bleibt, in den Bergrevieren Oberhausen und Dortmund I führen nur 13 Prozent der Belegschaft nicht ein. 122 Schachtanlagen, mehr als die Hälfte im ganzen Ruhrrevier, waren gestern in vollem Betrieb.

Die Lage in Bremen.

Fortschreitung des Abwehrstreiks.

Bremen, 24. April. Bösmanns Telegraphisches Bureau meldet: Der Abwehrstreik der Ordnungsparteien dauert an. Die Aufforderung an die streikenden Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe, bis heute vormittag 9 Uhr sich zur bedingungslosen Annahme der Arbeit zu erklären, ist nur von einem kleinen Teil der Arbeiterschaft befolgt worden, so daß die Gas- und Elektrizitätswerke, die Mühlen- und Hafentriebe und die Straßenbahn noch nicht wieder betriebsfähig gemacht werden konnten. Die Stadt ist ruhig. Zwischenfälle sind auch heute nicht vorgekommen.

Verhängung des Streiks.

Bremen, 25. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Lage hat sich verschärft. Die Gasarbeiter streiken wieder allgemein, und zwar auch diejenigen, die bisher noch arbeitswillig waren. Die Wasserleitung ist abgesperrt und auch die Lebensmittelversorgung ist zurzeit noch unterbrochen. Der Streik ist rein politischer Natur. Er bezweckt den Sturz der jetzigen Bremer Regierung, die Entlohnung der Stadtwehr, Bewaffnung der Arbeiter, Aufhebung des Belagerungszustandes usw.

Der Generalstreik in Irland.

Amsterdam, 25. April. (LR.) Dubliner Berichten zufolge gewinnt die irische Generalstreikbewegung auch im Süden des Landes daran an Ausdehnung, daß sich der englische Oberkommandierende zur Proklamation des verschärften Belagerungszustandes über fünf weitere Grafschaften genötigt gesehen hat. Infolge des Eisenbahnstreikes sind zahlreiche Städte bereits seit mehreren Tagen ohne Zufuhr an Lebensmitteln und Kohlen.

Anzeigenpreis:

Die abgedruckte Konditionenliste hat 120 Bl. „Kleine Anzeigen“, das „Einfachdruck-Ver.“ 51 Bl. (außerdem 2 festgedruckte Seiten), jedes weitere Blatt 25 Bl. Einlagenkarte und 6-Klassen-Anzeigen das erste Blatt 40 Bl., jedes weitere Blatt 30 Bl. Seite über 16 Buchstaben zählen für von 1000. Teuerungszulage 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen 120 Bl. die Seite. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu senden werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Schiedsgerichtsbarkeit bei Arbeitsstreitigkeiten.

Man hört in diesen Tagen sehr oft, daß bei der besonders schwierigen wirtschaftlichen Situation Deutschlands jeder Streik ein Verbrechen am Volkswohl ist. Wenn dieser allgemeine Ausdruck natürlich auch über das Ziel hinausschießt, so steht doch in ihm ein tief ernster Kern von Berechtigung. Das deutsche Wirtschaftsleben ist seit dem 9. November keine Minute zur Ruhe gekommen. Arbeitseinstellung folgt auf Arbeitseinstellung, ohne daß in allen Fällen die letzten friedlichen Mittel erschöpft worden sind. Die Notwendigkeit, durch Erzeugung neuer Werte aus der fürchterlichen Armut Deutschlands hervorzukommen, wird nicht überall genügend gewürdigt.

Politische Streiks und wilde Streiks sind ohne weiteres in dieser Zeit als Verbrechen am Volke zu bezeichnen.

Andererseits verhält es sich mit den ordnungsgemäß vorbereiteten und an sich berechtigten Lohnstreiks, durch die für die Arbeiterschaft ein Ausgleich zwischen ihrem beschränkten Einkommen und den gesteigerten Lebenshaltungskosten einerseits und den besonderen Profitvorteilen der Unternehmer andererseits geschaffen werden soll. Diese Streiks werden bei der gegenwärtigen öffentlich-rechtlichen Organisation in Deutschland nicht verschwinden. Sie sind das letzte Hilfsmittel, das die Arbeiterschaft anwendet, und gegenwärtig anzuwenden können muß, um sich einseitigen Unternehmern gegenüber durchzusetzen zu können.

Nichtabsetzender bilden auch sie eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft, weil dadurch leicht Millionen von Händen, die zur Erzeugung neuer Werte verwendbar sind, stillgelegt werden, weil dadurch wohl der Verbrauch an Lebensgütern in gleichem Maße weitergeht, ohne daß dafür andere neue Lebensgüter erzeugt werden. Jeder Streik ist also ein schwerer Verlust für unsere ohnehin zerrüttete Volkswirtschaft. Wir müssen wieder zur planmäßigen Arbeit kommen — koste es, was es wolle. Unser Volk steht und fällt mit seiner Produktion.

Wie können wir aber den schweren Schädigungen durch die Streiks begegnen?

Dafür geben uns die letzten Lohnstreiks im Reich eine Antwort. In einer sehr großen Anzahl dieser Fälle ist die endgültige Beilegung durch einen Ausgleich mit Hilfe eines paritätischen Schiedsgerichts erfolgt, und dieser Umstand ermutigt, alle Lohnstreitigkeiten generell unter den Zwang eines Schiedsgerichts zu stellen, das mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch besetzt und durch einen unparteiischen Vorsitzenden geleitet wird.

Wir können an die Lohnstreitigkeiten und Streiks heute nicht mehr mit dem Maßstab herangehen, der in früheren Zeiten Gültigkeit hatte. Die Machtverhältnisse in Staat und Wirtschaft sind heute nicht mehr die gleichen. In den Staatsbetrieben herrscht nicht mehr eine von oben aufgesetzene Obrigkeit, sondern letzten Endes durch die demokratische Staatsmacht das Volk selbst. Mit der fortschreitenden Sozialisierung und Kommunalisierung, wobei der Privatunternehmer immer mehr ausgeschaltet wird, verdrängt sich die Klassenlage der Arbeiterschaft fortgesetzt.

Der Streik ist das letzte Mittel der Arbeiter, ihre Forderungen durchzusetzen. Das Letzte. Der reguläre Verlauf der Austragung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis — soweit sie allgemein aufstrebende Bewegungen in einem Betriebe oder in ganzen Betriebsgruppen waren — war bisher so: 1. Formulierung der Forderungen, 2. Verhandlungen darüber zwischen den beiden Parteien oder deren Vertretern, wenn diese ohne zufriedenstellendes Ergebnis waren 3. der Streik (als Abwehrmaßnahme dagegen häufig dann die Aussperrung), also das Stilllegen der Produktion; 4. in manchen, besonders der Allgemeinheit fühlbaren Fällen, Ausgleich durch ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht, dessen Spruch jedoch nicht rechtsverbindlich war.

Die Streiks und Aussperrungen wurden in unserem früheren, sehr wohlhabenden Wirtschaftsleben schon als Schäden empfunden. Um sie zu beschränken und eine größere Stetigkeit der Produktion zu erreichen, die langfristige Abschlüsse erst ermöglichte und eine gewisse Festigkeit in der Preisgebung und damit Förderung der Unternehmungslust auslöste, wurden in der Mehrzahl der Fälle feste Lohnsätze für eine gewisse Zeit festgesetzt. Den Erfolg dieser Politik haben wir überall wahrnehmen können. Unter dieser großen Sicherheit gedieh die Arbeiterschaft und das Unter-

wehmerium, entfaltete sich die deutsche Produktion zu nie erreichter Höhe. Wenn wir die Gewerkschaftsberichte und die Handelsstatistik jener Tage zur Hand nehmen, so sehen wir, was Deutschland durch die planmäßige geordnete Produktion an Gesamtwohlstand gewonnen und wie die Arbeiterkraft in fortwährendem Maße daran teilgenommen hat.

Aus unserer Not zu ähnlichen Verhältnissen wieder emporzuheben, ist der sehnlichste Wunsch aller denkenden Glieder unseres Volkes.

Also heraus aus dem Jammer unseres Produktionsverfalls. Es wird in Deutschland noch immer viel weniger produziert, als jeden Tag verzehrt wird. Wir werden jeden Tag ärmer und elender. Von Streiks und Bankrotendruerei kann kein Volk leben.

Die Sorge um die Existenzsicherheit des deutschen Volkes zwingt uns zu Sicherungen für eine geordnete Aufwärtsentwicklung des deutschen Wirtschaftslebens. Nicht nur die politischen und die wilden Streiks müssen verschwinden, sondern auch für die geordnet vorbereiteten Lohnbewegungen sind Garantien zu schaffen, daß sie ohne Stilllegung der Produktion durchgeführt werden können. An Stelle des Kampfes zwischen Unternehmern und Arbeitern tritt der Staat als Schiedsrichter.

Es sind obligatorische, rechtsverbindlich wirkende Schiedsgerichte für alle Arbeitsstreitigkeiten durch Gesetz einzuführen. Wenigstens für eine gewisse Uebergangszeit.

Für jeden Gewerbeberichts- oder im Bedarfsfalle für einen Industriebezirk sind obligatorische Schiedsgerichte zu bilden, die paritätisch von Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzt werden. An der Spitze steht ein unparteiischer Beauftragter des Staates als Vorsitzender.

Alle auftretenden Differenzen sind, falls die Unterhandlungen zwischen den Arbeitsvertragsparteien oder deren Vertretern nicht zu einem befriedigenden Resultat führen, vor dieses Schiedsgericht zu bringen. Der Schiedsrichter erfolgt durch Stimmeneinheit, falls diese nicht zu erzielen ist, entscheidet der Vorsitzende.

Wir haben eine ähnliche Schlichtungs- und Schiedsform bereits in den Gewerbeberichten. Wie bei ihnen, muß auch in den Schiedsgerichten für Arbeitsstreitigkeiten nicht die Rechtsprechung, sondern die Vermittlung, der Ausgleich das Primäre sein. Erst wenn alle Einigungsversuche erschöpft sind, hat als letztes Ausnahmsmittel der Schiedsrichter zu erfolgen. Und selbst dabei soll sich das Schiedsgericht noch von dem Gedanken des Ausgleichs leiten lassen und seine Entscheidung soll gewissermaßen die Brücke zwischen den letzten Zugeständnissen der beiden Streitparteien bilden. Eine schiedsgerichtliche Regelung der Arbeitsstreitigkeiten ist durchaus nicht eine neue Erfindung. Schon die australische Arbeiterregierung hat sich vor mehr als zehn Jahren zu ihrer Einführung durch Gesetz entschließen müssen.

In dieser Zeit der starken Schwankungen des Geldwertes und der Preise wird die Frist, innerhalb deren der Schiedsrichter tätig ist, natürlich kurz bemessen sein müssen. Er würde zunächst für eine Dauer von 4 Monaten rechtsverbindlich wirksam bleiben müssen. Später, wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung konsolidiert hat, werden die Fristen weiter gestreckt werden können.

Höher als die Sonderinteressen steht das Interesse des ganzen Volkes, höher als das Wohl der Parteien das Wohl der Gesamtheit. Gerade der Schutz der Schwachen gebietet eine solche Regelung, denn sie haben unter dem Niedergang der Produktion an Verbrauchsgütern am schwersten zu leiden.

Jedenfalls steht diese Form der Regelung der Arbeitsstreitigkeiten höher als die Diktatur des Betriebsleiters, zu deren Einführung die Sowjetregierung infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges in Rußland gezwungen worden ist. Dadurch ist ein neuer „Derr im Hause“ geschaffen worden, und diesen Uebelstand wollen wir in Deutschland nicht neu einführen.

Zur Lage in Bayern.

Vericht aus Augsburg.

Augsburg, 25. April. Der gestrige amtliche Tagesbericht des Truppenkommandos Augsburg teilt mit: Nach Meldung der Truppen wurde in der vergangenen Nacht aus einem Hause in Oberhausen auf Posten der Regierungstruppen geschossen, die das Feuer erwiderten. Bei den sich daran anschließenden Hausdurchsuchungen konnte man des Täters nicht habhaft werden. Mering wurde am 24. von Regierungstruppen aus Augsburg besetzt. Bei Althegenberg (Halbweg zwischen Augsburg und München) wurde am 23. April eine feindliche Kavalleriepatrouille der Münchener Roten Armee zurückgejagt. Die Arbeit in den Betrieben von Augsburg wurde gestern wieder aufgenommen. Die Durchsuchung nach Waffen mußte in verschärfter Weise durchgeführt werden, da die Ablieferung weitläufig nicht der Zahl der angegebenen Waffen entspricht.

Die Opfer der Straßenkämpfe.

Augsburg, 25. April. Nach der „Schwäbischen Volkszeitung“ sind bei den Straßenkämpfen insgesamt 30 Personen ums Leben gekommen, darunter sechs Angehörige der Regierungstruppen, sechs Kämpfer auf der Gegenseite und achtzehn Zivilpersonen. Unter den Toten befinden sich zwei weibliche Personen und ein Kind.

Man glaubt sich in die Schreckenstage des Krieges versetzt, wenn man die Berichte aus Süddeutschland liest. Dieses Mitleid muß man mit der Zivilbevölkerung empfinden, die unter dem Bahnsturm einer kleinen Minderheit unerhörte Dinge zu durchleben und zu durchleiden hat. Wann kommt der Retter diesem Lande?

Ein Wort über Pressefreiheit.

Zum Verbot der „Republik“.

Die „Republik“ teilt heute morgen ihren Lesern offiziell mit, daß sie bis auf weiteres vertoten sei; unsere Hoffnung, daß es sich hier nur um ein peinliches Mißverständnis handele, hat sich nicht erfüllt, und so können wir nicht umhin, öffentlich zu erklären, daß wir dieses Verbot für eine verkehrte Maßnahme halten.

Die von der Revolution verkündete unbeschränkte Pressefreiheit ist von den Unabhängigen und Spartaisten wieder befristet worden. Zuerst war es die „Freiheit“, die auf ein Einschreiten gegen antisemitische Preßzeugnisse drängte, dann haben die Anhänger der „zweiten Revolution“ überall, wo sie zur Herrschaft kamen, die Pressefreiheit vollkommen auf. Der schamlose Unterdrückungsgeist, den sie entfalteten, wäre aber noch kein Rechtfertigungsgrund für ein ebenso unbedenkliches Vorgehen von der anderen Seite.

Solange das gleiche Recht aller nicht gegen gewaltsame Angriffe unbedingt gesichert ist, werden sich leider gewisse Einschränkungen der staatsbürgerlichen Freiheit nicht vermeiden lassen. Wenn Preßzeugnisse unterdrückt werden, die zu verbrecherischen Handlungen auffordern und systematisch zum Bürgerkrieg haben, so wird man unter den gegenwärtigen schwierigen und gefährlichen Verhältnissen kaum etwas Stichhaltiges dagegen einwenden können. Die schädliche Verletzung politischer Meinungen darf aber in keiner Weise gehemmt werden.

Wenn wir von diesem Standpunkt aus das Verbot der „Republik“ betrachten, so können wir nicht finden, daß die Gründe, die zu diesem Verbot geführt haben, ausreichend sind. Die Behörden sollen sich vor allen zweifelhaften Maßnahmen hüten, auf diese Weise werden sie sich am besten die Unterstützung der Öffentlichkeit sichern, wo immer ein entschlossenes Durchgreifen wirklich notwendig wird.

Eichhorn verhaftet und wieder befreit.

Aus Halberstadt wird der „Freiheit“ berichtet: Der frühere Berliner Polizeipräsident Eichhorn, der sich seit einigen Tagen in Halberstadt aufhielt, wurde Donnerstagmorgen um 3 Uhr im hiesigen Gewerkschaftshaus verhaftet. Es sammelten sich hierauf größere Arbeitermassen an, denen es gelang, Eichhorn gegen 8 Uhr abends zu befreien.

Die Huldigungskundgebung für Wilhelm II.

Berlin, 24. April. (Tel.) Die Huldigungskundgebung für Wilhelm II., welche der „Reichsbote“ in Berlin zum 27. Januar veranstaltet hatte, ist mit ihren fast einer halben Million Unterzeichnern in 27 heftigen Bänden in Amerongen eingetroffen. Der Kaiser hat über die Kundgebung große Freude empfunden und läßt den freundlichen Unterzeichnern seinen persönlichen Dank übermitteln.

Die Tatsache, daß der Byzantinismus in Deutschland noch immer nicht aufgehoben ist, dürfte kaum die Anspruchnahme des heute so kostbaren Papiers für obige Kundgebung rechtfertigen. Aber die Sache hat auch ihre rechte Seite: sie zeigt, daß die gegenrevolutionäre Gefahr durchaus nicht erloschen ist, wenngleich einem großen Teil des nur im Hochrufen geübten Bürgerturns im entscheidenden Augenblick der Not ausgeben dürfte. Das Schwelmeleben ist eben eine Tätigkeit, die der Mensch in gestörter Anpassungsfähigkeit dem Tiere erlernt hat.

Aus dem kommunistischen Paradies.

Todesurteil und Zuchthausstrafen.

Budapest, 25. April. Das Revolutionsgericht hat wegen angeblicher gegenrevolutionärer Verschwörung den Advokaten Wilhelm Stengel und den ehemaligen Detektiv Tibor Kotonen zum Tod durch Erschießen verurteilt. — Das Urteil ist bereits vollstreckt. Der Hörer der Technischen Hochschule Franz Szalkai, der Rechtslehrer Ladislau Boghi, Artillerieleutnant Tibor Szabi, Hauptmann Viktor Wiesinger, Detektiv Joltou Pap und Oberleutnant Roland Koroty wurden zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt. Die Strafverhandlung soll festgestellt haben, daß die Häfen der groß angelegten Verschwörung in die Provinzhäute und über die Demarationslinie hinaus reichten.

Wenn das Schwelmeleben nicht schon erfunden wäre, so dürfte man annehmen, daß die Kommunisten es erfunden hätten; jedenfalls hat noch keine zur Herrschaft gelangte Partei ihre Politik in solchem Maße mit Realisierungen geübt, wie es seitens der ungarischen Diktatoren geschieht. „Geistige Ideen sind nicht mit Minenwerfern zu bekämpfen“, von welcher Seite haben wir das so oft gehört? Ja, ja, Theorie und Praxis.

Erweiterung der deutschen Fischereirechte.

Paris, 24. April. (Reuter.) Friedenskonferenz-Communiqué vom 24. April. Der Oberste Wirtschaftsrat verhandelt unter dem Vorsitz von Lord Robert Cecil die Frage der Fischerei im Skagerrak und Kattegat und bewilligte das deutsche Ansuchen um Erweiterung der Fischereirechte. Der Rat stimmte außerdem auch einem Vorschlag zu größerer Ausübung der Hamburg-Elbe-Redoute für die Verfolgung der Tschechoslowaken zu.

Der italienische Kunstraub.

Anfrage in der Wiener Nationalversammlung.

Wien, 24. April. Nach einer Korrespondenzmeldung richtete in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung der großdeutsche Abgeordnete Müller-Gutenbrunn die Anfrage an den Staatssekretär des Äußeren, ob die Regierung geformt sei, die völkerrechtswidrigen Forderungen der italienischen Waffenstillstandskommission nach in deutsch-österreichischem Staatsbesitz befindlichen Kunstwerken zurückzugeben. — Die Tiroler deutschfreiböhmischen Abgeordneten Kraft und Straffer fragten an, was das Staatsamt des Äußeren dazu habe, um Deutsch-Südtirol für die Republik Deutsch-Österreich zu erhalten, und ob die Regierung geneigt sei, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen, wenn darin Deutsch-Südtirol den Italienern zugesprochen würde.

Ein Mehrheitssozialist Oberbürgermeister

Magdeburg, 24. April. Die Stadtverordnetenversammlung wählte den Kandidaten der Mehrheitssozialisten Stadtrat Peins, Mitglied der Nationalversammlung, zum Oberbürgermeister.

Volksvorträge und Volkshochschulen.

Von Robert Henseling.

Der Beginn der Arbeit für die Organisation einer Volkshochschule Groß-Berlin macht ein Wort werden aller über das, was nun beschleunigt gebaut werden muß, notwendig. Der Begriff Volkshochschule muß zunächst einmal richtig erklärt werden. Rob. Henseling, der der Volkshochschularbeit seit Jahren nachgeht, möchte diesem Ziel dienen.

Die Volkshochschule kann und darf nicht akademisch sein. Sie dient nicht der Wissenschaft, sondern dem Leben. Ihre Stätte ist nicht der Hörsaal, sondern die Hausgemeinschaft. Für sie ist die Persönlichkeit des Lehrenden nicht in erster Linie „Modium“ zwischen dem unpersonlichen systematischen Wissen und dem Wissen Begleitenden; für den Besucher der Volkshochschule ist die Persönlichkeit des Lehrenden mehr; sie ist Stellvertreter der geistigen Gesamtheit der Nation, darüber hinaus der Menschheit. Nur eins kann dem Volkshochschulbesucher den Befähigungsbeweis und das Zeugnis geben: daß er eine würdevolle Art, das Leben geistig zu meistern, den ihm Vertrauenden im fruchtbarsten Wort und mit der Tat vorlebt.

Was sich heute „Volkshochschulbewegung“ nennt (es könnte einen Hund jammern, was da alles dummstirnig zusammenläuft — wobei plötzlich alle die Verständnisvollen, nachdem all die verlorenen Jahre vor dem Krieg und selbst noch im Kriegs männlich einen Menschen, der das Wort „Volkshochschule“ ernstlich ausgesprochen, als überspannten Schöngelst belächelt?) — was sich heute Volkshochschule nennt, ist meistens ein Vortragerverfälschert, je „akademischer“, desto besser. Was kann dabei herauskommen? Bei der Kinderzahl der Lehrenden, die aus innerem Beruf reden, alles Gute, was immer dabei herauskommt, wenn Tüchtige unter die Menschen treten. Sonst, also meistens: geistiges Proletariat, Schlimmeres: geistiges Proletariat. Soll diese Seuche erste Frucht der neuen, geistigen Volksbeglückung sein? Davor wollen uns ein gültiges Gesetz und ein kluges Kultusministerium bewahren!

Ich verliere ausdrücklich: Nichts soll damit gegen ein ständiges Vortragertum gesagt sein. Seine Blüte wird dem lebendigen Wort unter uns zu Ehren helfen, wird den Köpfen viel nützliches Wissen schaffen, wird, vielleicht, allmählich dazu mitwirken, daß die Wissenschaft in einem volkreichtlichen Deutsch zu denken und zu reden beginnt und daß die Deutschen ihre bemängelte und trostlose Sprache in Rede und Gegenrede wahrhaft gebrauchen lernen, anstatt sie sammelt und stöpernd zu mißhandeln wie heute.

Also: Vorträge, soviel ihr wollt und in eurem geistigen Verantwortungsbereich hinein! Aber laßt um euret und unsertwillen den bösen Mißbrauch mit dem Namen Volkshochschule.

Viele ihr Volksvorträge, so nennt sie Volksvorträge, und nennt nicht das Ei eine Henne. Dann wissen die allezeit dankbaren Tausende, die euch zuströmen, daß sie Vorträge wissen mit heimnehmen, und werden nicht dem Wahn anheimfallen, im Blick der „Hochschule“ eine andere Haut bekommen zu haben als ihr alter Adam hatte.

In der Volkshochschule leben Lehrende und Hörer so zusammen, daß Lernen und Leben gemeinsames Lagerwerk ist. Die Unversöhnlichen müssen Ähren und Fenster weit aufsperrten und viel Frühlings hereinlassen; ihre Hauswächter müssen sich von hinten und von vorn besetzen, sie werden viel Jähpe abzuwachen finden. Aber gelehrte Hochschulen müssen gelehrte Hochschulen bleiben. Volkshochschulen können sie nie werden. Denn die sind für das Meer bereit, die nicht Gelehrte sind und nie Gelehrte werden wollen, für die, deren Leben nicht in Denkarbeit, sondern im zweckbestimmten Tun verläuft. Von allen diesen, den Nichtgelehrten, rede ich hier als vom „Volk“. Es gehört dazu auch die meisten in „geistigen Berufen“ Tätigen. Für sie genau so wie für den Handwerker soll die Volkshochschule sein. Zumeist genollt! Ich mein, besetzen wir uns doch, wie wir sind! Sind es die vielen oder sind es die wenigen, denen aus eingeborenem, starken Trieb daran gelegen ist, beständig und tiefen ersäufend das Weltwesen zu begreifen, Anteil zu erarbeiten am Geistesgute der Zeit? Ob es die Vielen sind, ob die Wenigen, sie sind zu finden in allen Berufen, in allen Schichten. Es sind aber die, deren Einanderverstehen über alle Schranken von Gewöhnung und ererbtem Vorurteil hinweg allein für innere Gesundheit eines Volksgemeinschafts Wahrscheinlichkeitsbürgschaft leisten kann.

Die Volkshochschule gründet sich daher auf diese Hauptzüge: sie ist eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft. Ihr Besuch steht jedermann frei, ohne jede Rücksicht auf Beruf und Alter. Wer sie besuchen will, mag irgendwie zu den Kosten beitragen, sofern er die Mittel hat. Alles übrige — es wird immer der Hauptteil sein — geht zu Lasten öffentlicher oder Stiftungsmittel. Jeder Hörer geht, wenn er die Volkshochschule verläßt, an seinen Arbeitsplatz zurück. Durch Reichgesetz werden die Grundzüge bestimmt, nach denen jedem Volksgenossen der einmalige Besuch der Volkshochschule möglichst gemocht wird, sofern er den Drang dazu hat. Arbeitsgebiet der Volkshochschule ist: aller lehrbare und in einer Gemeinschaft gepflegbare Kulturbesitz, der geeignet ist, das Leben des Arbeitenden zu bereichern. Es gibt keine verbindlichen Normalpläne. Es ist besser, die Arbeitspläne haben „stoffliche Läden“ und sind einseitig, und überhaupt: es ist besser, wir haben wenig Volkshochschulen — als wir haben Unberufene (also Vernichter der Volkshochschule) in jene Läden und prangen mit diesen, aber unfruchtbar Schulen.

Wir werden mancherlei Formen brauchen: Volkshochschulen, Jahresschulen und (vielleicht eine, vielleicht mehrere) Volkshochschulen.

Schulen, deren erste Lehrer beides in sich vereinen: Gelehrte zu sein und Meister der Darstellung. Alle Volkshochschulen sind völlig frei in ihren Grundzügen, nur: mitbedachtig bei einer Reichsarbeitsabteilung, in der alle Erfahrung gesammelt, in jeder möglichen Weise Rat und Hilfe vermittelt wird, im übrigen Gemeinbewußt, Verbundwerk, Stiftung. Die Volkshochschulen sind staatl., stehen frei und selbständig neben den gelehrten Hochschulen und leisten, was Aufgabe einer Volkshochschule sein kann, im ganzen Umfang. Auch sie stehen grundsätzlich jedermann offen, dienen aber in erster Linie der Bildung von Volkshochschullehrern.

Jedenfalls betriebl. Bildung oder Vorbildung zu einem Berufswechsel ist nicht Sache der Volkshochschule, sondern der Hochschulen.

Das künftige: Bestehen der Volkshochschulen wird uns Vorkommen bedauern.

Notizen.

— Die Angriffe gegen Paul Scheinpflug, der das Wähler-Deckel bei der Viehmarkt-Lotterei Sache aus Deutschland „Eroica“ aufzuführen lieh, werden weiterhin in Deutschland besprochen. Die Allgemeine Volkszeitung nimmt in der Sache einen Standpunkt ein, der in der „Frankfurter Zeitung“ folgendermaßen geäußert ist: Die Kunstwelt wird eine solche Bolamit als den äußersten Tiefpunkt bezeichnen, was hinsichtlich, jählicher eigenen Würde vergrößerter Parteilichkeit in der Volkshochschule, Theater am Volkstempel, zum ersten Male Opernvorstellungen zur Aufführung.

— Die Statistik der Bauverkäufe an der Humboldt-Hochschule, Georgenstraße 20/21, freitags 7-9 Uhr, Beginn 25. April.

— Heber Hermann Cohen und sein Kantwerk beginnt Dienstag, den 29. d. Mts., 8 Uhr abends im Charlotten-Ansam, Steglitzer Str. 20, ein Seminar unter Leitung des Dozenten Dr. Max Apel.

— Dichter, Zufant und Volizei. Ungegründet von Anzengruber veröffentlicht die Wiener „Republik“. Darunter befindet sich folgende Bemerkung:

Ein Dichter hat in die Zukunft, er hört das Dröhnen der Schritte noch außer der Zeit. Er will warnen; da legt ihm die Volizei die Finger auf und sagt:

„Warnen Sie nicht, das beunruhigt nur!“

Revolution russischer Gefangener in Pärchim.

Tätlichkeiten gegen Bewachungsmannschaften. — Tote und Verwundete. — Die Frage des Rücktransports.

Über eine Revolte im Kuffenlager Pärchim in Mecklenburg meldet der Gerichtsoffizier des Lagers: Am 24. April, vormittags 10 Uhr, wurde das Beobachtungsbataillon alarmiert, weil ein Teil der kriegsgefangenen Russen meuterte. Einzelne Kuffen hatten die Arbeit verweigert und waren deshalb eingesperrt worden. Ein Teil der Russen versuchte nun, ihre Kameraden mit Gewalt zu befreien. Die Russen wurden zur Ruhe ermahnt. Die Ermahnungen blieben erfolglos, es gingen vielmehr schon einzelne tödlich gegen die Bewachungsmannschaften vor. Eine Reihe der Gefangenen versuchte, durch das Tor zu entfliehen. Einem verstärkten Truppenabgebot gelang es indessen, den Fluchtversuch zu verhindern. Noch einmal versuchte ein russischer Offizier der internationalen Kommission den Leuten zuzureden, um so die Ruhe wieder herzustellen. Auch das blieb ohne Erfolg. Es hatten sich mittlerweile 6000 bis 8000 Mann angesammelt, vor denen mehrere Mädel führer aufreizende Reden führten. Auch jetzt wurden einzelne Bewachungsmannschaften tödlich angegriffen. Als ein Vizefeldwebel versuchte, einen Mädelführer festzunehmen, entspann sich ein Handgemenge. Die Wachtmannschaften erhielten den Befehl, langsam gegen die Menge vorzugehen und sie zurückzudrücken. Bei diesem Vorhaben kam es auf einem Hügel zu Zusammenstoßen. Den Wachtmannschaften wurde nun der Befehl zum Feuern erteilt. Sie schossen zunächst in die Luft, und erst als das nichts nützte, mußten sie gegen die Russen vorgehen. An dem Handgemenge gab es 6 Tote und 19 Verwundete. Daraufhin flüchteten die Russen eilig in die Baracken.

Am Abend war die Ruhe vollständig wieder hergestellt. Der russische Oberst sprach als Mitglied der internationalen Kommission dem Lagerkommandanten, Major v. Bonin, sein Bedauern über den Vorfall aus und hob hervor, daß nach Lage der Dinge nicht anders verfahren werden konnte, als verfahren worden war.

Zur Frage des Rücktransports der russischen Kriegsgefangenen wird uns von zutüftlicher Seite mitgeteilt: Trotz besten Willens kann der Rücktransport der Kriegsgefangenen Russen nur langsam vorangetrieben werden, besonders deshalb, weil große Transporthindernisse auf der Eisenbahn bestehen. Außerdem können die Russen nur an einer Stelle durch die russische Front hindurchgeführt werden. Die Übergabe der gefangenen Russen ist in der letzten Zeit auch dadurch gestört worden, daß gerade hier Kämpfe stattfinden. Verhandlungen, die mit der polnischen Regierung durch Vermittlung der Entente geführt wurden und die dahin gingen, daß die Kriegsgefangenen Russen durch Polen in ihre Heimat zurückbefördert werden können, sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Der Seeweg durch die Ostsee kann zum Rücktransport erst Mitte Mai in Anspruch genommen werden. Nur die anderen Seewege, z. B. über das Schwarze Meer, fehlt uns der Schiffstrom. Die Schwierigkeiten sind auch deshalb so groß, weil wir stets bemüht sind, die Kriegsgefangenen möglichst in ihre natürliche Heimat zurückzuführen, daß wir also keine Subtrassen nach Nordrußland senden. Im übrigen werden alle Lager beim Rücktransport gleichmäßig berücksichtigt. Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß wegen der Unzuverlässigkeit der Russen größere Transporte nicht abgefertigt werden können, besonders nicht durch das Kampfgebiet im Osten.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse zeigte eine unentschiedene Haltung. Die Spekulation lagte sich mit Rücksicht auf die in Paris herorgetretenen Unstimmigkeiten Zurückhaltung auf, so daß sich das Geschäft in den engheren Grenzen bewegte. Größere Kursveränderungen waren infolgedessen nicht zu verzeichnen. Am Käufungsaktienmarkt waren lediglich Eisen, Kupfer, Zinn, Zink und etwa 16 Proz. höher. Schiffahrtaktien erlitten kleineren Kursrückgängen. Weltlich gesteigert waren zunächst Petroleumwerte, doch konnten sich im späteren Verlauf die höchsten Kurse nicht behaupten. Kanada unterlag mehrfachen Schwankungen. Lebhafte Nachfrage trat für die Coupons fremder Renten hervor. Heimische Anleihen waren behauptet, auch Kriegsanleihe unverändert.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik im Baugewerbe.

Eine Massenversammlung der streikenden Maurer und Bauarbeiter füllte heute vormittag den Konfordia-Festsaal in der Ankerstraße dichtgedrängt bis zum äußersten Winkel. Mehr als 2000 Teilnehmer des Bauarbeiterverbandes gab den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schlichtungsentscheidungen bekannt. Die hauptsächlichen Bestimmungen sind folgende: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 46 1/2 Stunden, und zwar vom Montag bis Freitag je acht und am Sonnabend 6 1/2 Stunden. Der Stundenlohn beträgt für Maurer, Zimmerer, Einschaler, Stein- und Kalkträger vom 1. April ab 2,40 M., vom 1. Juni ab 2,60 M. Die Löhne der übrigen Arbeitergruppen in Holz- und Betonbau sind in demselben Verhältnis wie im bisherigen Verträge niedriger als die vorhergehenden Sätze. Im Tiefbaugewerbe erhalten die gelehrten Handwerker ab 1. April 2,40 M., ab 1. Juni 2,60 M., Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiter von demselben Termin ab 2,30 M. und 2,50 M., ungelernete Arbeiter über 18 Jahre 2,10 M., ab 1. April ab 2,20 M., unter 18 Jahre 1,75 M. und 1,95 M., Frauen 1,50 M. und 1,75 M. Überstunden werden mit einem Aufschlag von 20 Proz. Sonntag mit 50 Proz. vergütet. Die erhöhten Löhne sind vom 1. April ab nachzuschaffen. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. Mehrfache Bemerkte, die im Schlichtungspruch festgesetzten Löhne seien eine große Entäußerung für die Bauarbeiter, denn sie entsprächen in keiner Weise den heutigen Verhältnissen. Die am Sonntag stattfindenden Mitgliederversammlungen sollen über Annahme oder Ablehnung des Schlichtungsbeschlusses entscheiden. Der Vorstand und die Generalkonferenz des Einzelgewerks sowie die Streikleitung haben zu der Angelegenheit Stellung genommen und empfehlen den Mitgliederversammlungen, den Schlichtungsbeschluss abzulehnen. Mit Rücksicht darauf, daß die bisher beschlossene Schlichtung nicht genügend erscheint, wird der Versammlung der Streikenden empfohlen zu beschließen, daß am Montag die Arbeit wieder aufgenommen wird. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, den Streik vorläufig aufzuheben und die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Sie erwartet, daß die Mitgliederversammlungen am Sonntag den Schlichtungsbeschluss ablehnen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Morgen 8 1/2 Uhr Branchenversammlung aller Monteur- und Heiler der Eisenkonstruktionsbetriebe bei Boltzstraße 13. Tagesordnung: 1. Unfertige Lohnforderung. 2. Branchenangelegenheiten.

Verwaltungsstelle Kowalew-Postdam. Zum sofortigen Eintritt in erster Reichsgerichtsbeamter. Gehalt nach Vereinbarung. Stellenausschreibung ist am 15. Mai an Paul Friede, Kowalew, Postdam, 4.

Die Obmänner der Angestellten-Ausschüsse der Bauschäfte (nicht Bauschäfte, wie im heutigen Morgenblatt mitteilen) Groß-Berlin versammeln sich Montag 5 Uhr im (Gartenhof des Restaurants) Beethovenan in der Volksgasse (zweites Obergeschoss) des Tarifabkommens für die kaufmännischen Beamten und Beamteninnen. Es sind Angestellten-Ausschüsse nicht besetzen, wird im Entsendung eines kaufmännischen Beamtenmännens ersucht.

Groß-Berlin

Zur Fettversorgung.

Von zahlreichen Seiten laufen bei den Behörden, namentlich bei der Reichsfinanzstelle, Klagen über das gegenwärtig zur Verteilung kommende Fett ein. Demgegenüber ist zu bemerken, daß es sich bei dem in dieser Woche ausgetriebenen Fett nicht um amerikanischen Schmalz, sondern um Vorkriegs aus den Beständen der Reichsverwaltung handelt. Das sogenannte amerikanische Schmalz befindet sich noch immer in der Sieberei, wo es umgebraten wird. Wahrscheinlich werden die ersten Nationalen Auslandsfett in der nächsten Woche zur Ausgabe gelangen. Bis jetzt sind in Berlin acht Waggons Fett und Speck eingetroffen, die durch die städtischen Behörden zur Verteilung gelangen.

Die Hoffnung, daß man in Deutschland bald holländische oder kanische Butter bekommen wird, dürfte sich, wie wir hören, leider nicht erfüllen. Holland offeriert keine Butter zum Preise von 4,50 bis 5,50 Gulden, je nach der Qualität. Da der Gulden jetzt von Deutschland mit 5,10 bis 5,45 M. bezahlt werden muß, kommt die angebotene Butter also pro Kilogramm auf 23,50 bis 30,25 M. zu stehen. Diese Preise verstoßen sich ab Grenze. Rechnet man nun die Transportkosten, Versicherungen usw. hinzu, so würde das Pfund Auslandsbutter auf 15 bis 18 Mark kommen. Unter diesen Umständen haben die Reichsstellen von einem Anlauf vorläufig abgesehen.

Die Maffier.

Nachdem die Bemühungen der Groß-Berliner Bezirksorganisation unserer Partei, eine gemeinsame Maffier zu veranstalten, gescheitert sind, wird jede Partei getrennte Feiern veranstalten. Unsere Parteiorganisation wird auf sieben großen öffentlichen Plätzen, u. a. auf dem Tempelhofer Feld, auf dem Gutzmerplatz an der Schönhauser Allee, auf den Weidewiesen, am Reichstagsplatz und in Charlottenburg große Kundgebungen für die sozialistischen Ideen, Weltfrieden und Völkerverständnis, gerechten Friedensschluß usw. arrangieren. Der Verband der Groß-Berliner Wahlvereine der unabhängigen sozialdemokratischen Partei hegebt den 1. Mai durch große Demonstrationssammlungen auf den Spielwiesen im Teplitzer Park, Friedrichshain und Humboldthain.

Keine Gesindebücher mehr.

Das Ministerium des Innern hat an die unterstellten Behörden einen Erlass gerichtet, worin darauf hingewiesen wird, daß alle Bestimmungen über die Führung von Gesindebüchern aufgehoben und neue nicht erlassen werden dürfen. Dieser Erlass war notwendig, um die entgegengegesetzte Praxis unterer Verwaltungsorgane außer Wirksamkeit zu setzen.

Raubmord an einer Greisin.

Ein Kapitalverbrechen, dem eine 83 Jahre alte Greisin zum Opfer fiel, wurde in der vergangenen Nacht in der Adolfsstr. 15 entdeckt. Dort wohnte am Hof in einer Kellerröhre mit Küche für sich allein die Witwe Amalie Herwig. Sie lebte zum Teil von ihren Ersparnissen; im übrigen bezweckte sie Schlösschen an alleinstehende Mädchen. Eine solche Mieterin kam in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr nach Hause und fand die Birne tot auf. Die Frau lag angefaßt in ihrem Bett. Im Grunde lag ein Ankel aus einem roten Leinwand. Dieser Ankel war unweit der mit einem weißen Leinwandstreifen, anscheinend einem Stiel von einem Unterrock. Die beiden Enden des Ankeles waren um den Hals geschlungen und fest zugebunden. Die Hände waren mit einem Stiel Band gefesselt. Das Mädchen benachrichtigte sofort die Kriminalpolizei. Nach dem Besuch der Kriminalkommission ist die Greisin allem Anschein nach erdrosselt und auch beraubt worden. Die Behälter, eine Kommode und ein Stuhl, waren erbrochen und durcheinander. Frau Herwig pflegte ihre Ersparnisse im Bett unter dem Kopfkissen aufzubewahren. Hier fand man aber bis jetzt nur ein altes leeres Vorkornnase. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Die Kriminalpolizei leitete unverzüglich Nachforschungen nach dem Täter ein. Er ist vielschichtig unter den Bekannten eines der Mädchen zu suchen, die bei der Ermordeten einmal gewohnt haben. Noch in der Nacht wurden alle erreichbaren Zeugen vernommen. Nach dem Ergebnis ihrer Aussagen muß das Verbrechen zwischen 5 Uhr nachmittags und 11 Uhr abends verübt worden sein. Eine Spur des Täters ist noch nicht gefunden. Noch im Laufe des heutigen Tages wird ein Säulenanschlag erscheinen, der für seine Ermittlung eine Belohnung von 3000 M. ausschreibt.

„Patentverlängerung und Rechte des Angestellten an seine Erfindung“

Das Thema der diesjährigen am Donnerstag dem Bund Deutscher Berufsstände nach der Philharmonie einberufenen Versammlung. Herr Dr. Wiegand führte aus, daß die Verlängerung der bestehenden Patente und Gebrauchsmuster um die Kriegsdauer, also etwa fünf Jahre, unbedingt erforderlich sei. Es sei Pflicht der Regierung und der gesetzgebenden Versammlung, die Erfinder und Patentinhaber, welche infolge ihres persönlichen Kriegsdienstes oder wegen der vollständigen Abriegelung Deutschlands von der Rohstoffzufuhr an der ausschließlichen Beschäftigung der Institute mit der Herstellung von Kriegsgütern an der Verwertung ihrer Patente gehindert worden sind, vor dem schmerzlichen Schaden zu bewahren, der einleuchten würde, wenn die für Friedenszeiten berechnete normale Patentdauer weiter bestehen würde. Die fünf Jahre Krieg sind im Leben der meisten Patente so ungeschicklich, als wenn sie nicht bestanden hätten. Durch eine verhältnismäßig einfache gesetzliche Verordnung läßt sich eine Verlängerung der Schutzdauer erreichen. Zahlreich sind die Anträge und Neupatente der Beteiligten, welche eine solche Patentverlängerung verlangen haben, und das Reichsjustizministerium hat auch einen diesbezüglichen Gesetzentwurf bereits ausgearbeitet. Aus nicht ersichtlichen Gründen hat aber die Regierung die Absicht, eine Patentverlängerung herbeizuführen, fallen gelassen, wodurch die Erfinder und Inhaber aller der zahllosen Patente, die durch den Krieg vollständig geworden sind, vor dem traurigen Los stehen, daß ihr Recht ihnen praktisch so verkrüppelt ist, daß es in vielen Fällen nutzlos wird und verfällt. Im Laufe der überaus erregt geführten Diskussion wurden noch verschiedene wichtige Anregungen für die Behandlung der Frage gegeben, die alle darauf ausgingen, daß eine Verlängerung des bestehenden Schutzes um die Kriegsdauer im Interesse unserer gesamten Wirtschaft dringend erforderlich sei.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschlüsse an: Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber den Kriegsteilnehmern und sonstigen durch den Krieg Geschädigten, daß Patente und Gebrauchsmuster um die Kriegsdauer ohne Gebührenverlängerung verlängert werden.

Regierung und Nationalversammlung sind zu ersuchen, diesbezügliche gesetzliche Bestimmungen unverzüglich zu erlassen.

Eine Theateraufführung der Bezirksorganisation Groß-Berlin findet am 27. April, nachmittags 3 Uhr, im Centraltheater, Kommandantenstr. 37, statt. Zur Aufführung gelangt an Stelle von John Gabriel Borkmann Nora von Ibsen. Eintrittskarten einschließen: Garderobe und Einführung zum Preise von 1,75 M. sind zu haben: Joseph, Wilhelmshaven Str. 48, Hönisch, Müllerstr. 34a, Hönisch, Adlerstr. 174, Köhn, Lanknitzer Platz 14/15, Köhn, Petersburger Platz, Köhn, Engelstr. 18, Buchhandlung Komrad, Lindenstr. 2 (Kaden) sowie im Jugendsekretariat, Bellevuestr. 7 III.

Die Ueberwachungsbeamten der Kohlenstelle haben für April bis Juni 1919 rote Ausweisarten mit Lichtbild des Inhabers und Diensttagel der Arbeitsstelle. Sie sind verpflichtet, die Ausweisarten vor der Revision unaufgefordert vorzulegen; andere Ausweisarten sind ungültig.

Kollpreiserhöhung. Die Kohlenstelle hat die Kohlenhändler ersucht, wegen der künftigen Erhöhung der Preisdifferenz auf sämtliche Kollpreise ab 1. April 40 Pf. auf den Zentner aufzuschlagen.

Verminier Anrede. Seit dem 10. d. M. verkleinert ist der zwölfjährige Schüler Georg Bögg, der in seiner freien Zeit für ein parlamentarisches Bureau den Botendienst zwischen dem Abgeordnetenhaus und Reichstag des Reichstages Bureau in der Zimmerstraße bezieht. Von dieser Tätigkeit ist der Anrede an genannten Tage nicht zurückgekehrt. Er trug dunkelblaue Hosen, dunkelbraune Lederschuhe, braune Strümpfe, schwarze Schürze und grauen Schaltpop. Mitteilungen nimmt jedes Polizeiposten entgegen und die Eltern, Schönberg, Goltstraße 22.

Lichtbilder Neue Philharmonie, Spandauer Str. 96/97, vom 25. ab „Die goldene Ähre“ sowie „Um eine Stunde Glück“.

Sportklub Teplitz. Im kommenden Sonntag wird der Sportklub Teplitz seine erste Begegnung mit Lützow und Kaspal, die in Sportfreisen so sehr herbeigehandelt wurde, zustande bringen. Ferner sind für dieses Rennen die beiden Sieger der diesjährigen Großstadtklassen, Thoma und Aichler, als weitere Teilnehmer verpflichtet. Diese vier Fahrer werden zwei Rennen über 25 und 50 Kilometer bestreiten. Ferner enthält das Programm zwei weitere Rennen für Klasse B. Für die 25-Kilometer-Rennen sind 10- und 15-Kilometer-Rennen vorgesehen. Pflanzensportversammlungen das Programm.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Berlin S. Mitgliederversammlung Sonnabend 8 Uhr, Ranter, Reichensberger Str. 134.

Steglich. Von einem Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde durch das preussische Ministerium des Innern und die energische Abwehr durch den Gemeindevorstand wurde in der letzten Gemeindevorversammlung Schöffe Jochen Mittelung. Die Gemeinde ist bemüht, nurmehr so schnell wie möglich die von vor Jahren begonnene Wasserleitung fertigzustellen und beschloß auf jetzt zum 300 Arbeiter zu diesem Zwecke. Stiglich kommt auf die Verweigerung des Magistrats Berlin vom Ministerium des Innern (gez. Freund) das „Erzuden“, die Arbeiten einzustellen. Auf Einspruch der Gemeinde beharrt das Ministerium auf seiner Anordnung. Der Gemeindevorstand hat darauf mit Billigung des betreffenden Ausschusses dem Ministerium mitgeteilt, daß er die Rechtsgültigkeit des Erlasses nicht anerkennt und deshalb die Arbeiten nicht einstellen wird. Die Versammlung billigt einstimmig das Vorhaben des Gemeindevorstandes.

Bürgermeister Buchrow teilte ferner mit, daß der Minister des Innern auf die Eingabe in der Stadterkundung 30 Angelegenheiten geantwortet habe, daß der Gefängnisbau Groß-Berlin bereits fertiggestellt sei und demnach die preussische Landesversammlung unterbreitet werden würde. Da die Eingabe ein Verbot von Stiglich vorgelesen sei, machte sich jetzt eine Veränderung in den bestehenden Verhältnissen nicht mehr erforderlich. Der Bürgermeister beharrt diesen Bescheid; auch die Gemeindevorsteher Freng (Dem.) und Korffhaus (Bürgerl.) sprachen dagegen, während Leimbach (Soz.) die Antwort des Ministers verurteilte, wenn er nicht wirklich so nahe vor der Eingabe steht, für sich. Indessen stimmte er der Forderung der Vorredner zu, den Gegenstand bei beiderlei Gemeinden zu unterbreiten, bevor die Landesversammlung darüber beschließt.

Stiglich. Die Gemeindevertretung wählte Schmaun (Soz.) mit 54 von 65 abgegebenen Stimmen und Göde (Dem.) mit 52 von 65 abgegebenen Stimmen zu unbesetzten Gemeindegliedern.

Reichsbühnen. Freie Turnerische. Sonntag Antinnen aller Abteilungen auf dem öffentlichen Sportplatz in der Grenzallee, Altmärker mit Musik 1/2 von der Turnhalle in der Weißense. Galle herzlich willkommen.

Reichsbühnen. Bei allen Kassen-Anträgen sind die Rollen-Listen vorzulegen, andernfalls ist eine Prüfung der vorgebrachten Ansprüche nicht eingeleitet werden kann und deshalb die betr. Personen zur Klärung werden müssen.

Reichsbühnen. Sonnabend 12-14 Uhr und Sonntag 9-11 Uhr in der Gemeindehalle Stralauer Straße Berlin am Rannengarten von 115 bis 125 M.; auch einige Damenuntertrickte zu 18 M. — Inherden ein Voltener Kistenkoffer und Männerkoffer in allen Verkaufsstellen sowie ein kleiner mit 70 Pf. auf Ankaufkarte. Danksprüche für Reichs- und Landesleistungen 7 M., neben einigen Paar Holzschuhe für Kinder in den Verkaufsstellen zu haben.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis Mittwoch im 100., 101., 102., 103., 104. und 105. Kassenkontingent 125 Gramm Käse. — Anfolge der mangelhaften Zulassung an Schmalz und Fleischwaren kann in dieser Woche Fleisch nicht in voller Höhe der Wochenportion ausgegeben werden. Auf die nicht höherer Fleischmenge Schlüsselschmalz, jede Fleischmarke 25 Gramm, vom 25. April ab in den Schlüsseln, in denen Schlüsseln 2 der allgemeinen Lebensmittelkarte angegeben werden ist. Der Schlüsseln 2 nicht angegeben hat aber im zuständigen Geschäft die Schlüsselschlüssel nicht erhält, kann sie in besonderen, aus der Bekanntmachung des Magistrats ersichtlichen Geschäften beziehen. Aufgegeben werden geschälte Bohnen, die längere Zeit gelagert werden müssen (damit man Schmalz nicht habet), dann aber sehr schnell sein sollen. — Der Magistrat sieht sich gezwungen, da er in hinreichendem Umfang für die Berliner Verbraucher herauszufinden. Es sind ihm größere Mengen in Schiefen, Polen, Kammern und Meppringen angemeldet worden, werden aber zum allergrößten Teil nicht geliefert, weil die Landstelle nach ihren Erfahrungen nicht über hinreichende Bestände verfügen und weil die Provinz Polen zum größten Teil ausfällt. Der Magistrat hat das Reichsministerium gebeten, den aus ausreichenden Teilen des Reiches angemessen zu erhalten. Wenn diese Bemühungen keinen Erfolg haben sollten, wird die Heuerung der Berliner Pferde bis zum Beginn des neuen Wirtschaftsjahres nicht möglich sein.

Spenden. Im Rathaus noch ein kleiner Volter Sandboden 4.— M., das Fund, bis zu 100 Gramm, ohne Sozialen. Sozialen im Zimmer 407. — Ab heute Ankaufkarte, erstmalig für zwei Wochen (Reid 1. und 5. der Einfuhr-Zugfahrte). Schüler erhalten das Recht gegen das Militär der Lebensmittelkarte. Per Wohnungen zur Erteilung des Rechts mit inländischen Wechseln wird gemacht. Das laufende Publikum kann in Zweifelsfällen jederzeit Auskunft über die Gültigkeit des Rechts bei den Kommissionären Ferd. H. Müller, Kottbusstr., und Schulze & Doppel, Volksgarten Straße 1, erhalten.

Spenden. 250 Gramm Fleisch, zum größten Teil Winterkontingent.

Spenden. Von Sonnabend ab auf Schlüsseln 19 der allgemeinen Lebensmittelkarte 100 Gramm Fleisch (10 M.).

Reichsbühnen. Abgabe von Sozialleistungen an die Bekleider am Freitag und Sonnabend von 9-11 Uhr (1 Zentner 17 M.). Im Amtshaus Strömer (50 M.). Freitag von 9-11 Uhr bei den Reichsbühnen Verkauf von Fleischwaren gegen welche Lebensmittelkarte. Im Amtshaus kann bestelltes Sozietät abgeholt werden, ferner Abgabe von Sozialleistungen an Schmalzhalter und Verkauf einer größeren Anzahl Wasserleitungen.

Reichsbühnen. Abgabe von Sozialleistungen für Verarmte über 70 Jahre am Freitag und Sonnabend jeder Woche, bezüglichen für Kinder unter Begleitung der Sozialleistungsfürer Monat Mai. — Als Ersatz für Petroleum werden Paraffinkerzen (Stück 25 M.) im Amtshausströmer, Dönhofsstr. 31, verkauft. Bezugsberechtigt sind nur Haushaltungen, die weder Gas- noch Gaslichtanschluss haben und die bereits zum Beginn von Petroleum vorangehen sind.

Spenden. Städtische verteilte Lebensmittel gelangen von Sonnabend ab in den Lebensmittelhandlungen zum Verkauf. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Lebensmittelkarten, strengste Klemmung haben, die auf dem Markt angegebenen Verkaufspreise unerschütten und nicht bereits am Tage vorher mit dem Verkauf zu beginnen.

